

Kolumbien - Das Land der Gesetze und nicht des Rechts

von Irmgard Ehrenberger

ie vertreibt man Menschen von ihrem Land?

Mit Hilfe von Korruption, Gesetzen oder mit bewaffneten Gruppen. Wie das funktioniert, davon erfuhren wir - Michaela Söllinger und ich sowie unsere Mitreisenden, CON-PAZ-Mitarbeiter*innen und Witness for Peace-Delegierten - während einer dreiwöchigen Reise, die uns nach Antioquia in die Region Dabeiba, in die Flussebenen des Curvaradó und Jiguamiandó, sowie nach Buenaventura und die Flüsse Río Calima. Río San Juan und Río Naya führte. Wir besuchten Humanitäre Zonen, Zonen der Biodiversität und Dörfer, wo demilitarisierte FARC-Kämpfer-*innen ins zivile Leben integriert werden.

Überall hörten wir den dringenden Wunsch nach internationaler Schutzbegleitung. Und überall hörten wir ähnliche Geschichten von mehrmaligen Vertreibungen, von Bedrohungen, dem Verschwinden-Lassen von Personen. In manchen Gebieten beginnen paramilitärische Gruppen auch wieder, Bauern und Bäuerinnen zur Zwangsarbeit für den Bau von Straßen heranziehen, um auf diesen ihre illegalen Geschäfte treiben zu können. Und wir hörten von den enttäuschten Hoffnungen der ländlichen Bevölkerung, dass sich durch den 2016 abgeschlossenen Friedensvertrag zwischen der Regierung und der größten Guerilla-Gruppe FARC ihre Sicherheit verbessern und es soziale Fortschritte vor allem im Bildungsbereich und im Gesundheitswesen geben wird.

Denn knapp zweieinhalb Jahre nach Abschluss des Friedensvertrags und nach einem Jahr Amtszeit der Regierung *Iván Duque* ist die Umsetzung des Friedensvertrags nahezu zum Stillstand gekommen. Ungefähr jeden dritten Tag wird eine soziale Führungspersönlichkeit ermordet, paramilitärische Gruppen bedrohen und bedrängen die Zivilbevölkerung mit dem Ziel, die soziale, wirtschaftliche und politische Kontrolle über Territorien zu übernehmen. Kämpfe zwischen paramilitärischen Gruppen, der verbliebenen Guerilla-Gruppe ELN und FARC-Kämpfer*innen, die sich der Demobilisierung verweigert haben, sowie dem Militär sind nach wie vor an der Tagesordnung.

So zum Beispiel in La Blanquita-Murrí, einem abgelegenen Ort auf einer Hochebene in Antioquia. Blanquita-Murrí ist Knotenpunkt einer Gemeinde, die sich aus indigenen, afrokolumbianischen sowie Bauerndörfern zusammensetzt.

Über 70 demobilisierte FARC-Kämpfer*innen kehrten ebenfalls nach Blanquita-Murrí zurück. Vertreter*innen dieser Bevölkerungsgruppen bilden die interethnische Koordination, um gemeinsam Frieden und ein besseres Leben aufzubauen. Doch sie werden bedrängt und bedroht von bewaffneten Gruppen, die um die Kontrolle über das Territorium kämpfen. Einen traurigen Höhepunkt fand dieser Kampf am 8. August, als im Streit um die Kontrolle drei Menschen getötet wurden, darunter ein 16jähriger Indigener, der zufällig zur falschen Zeit am falschen Ort war (Genaueres über Blanquita-Murrí ist auf dem VB-Blog nachzulesen:

http://blog.versoehnungsbund.at/blanquita-murri-ein-plan-fuer-das-leben/).

In dem afrokolumbianischen Dorf Nueva Esperanza am Fluss Jiguamiandó ist die Angst so groß, dass die Bewohner*innen nicht einmal die Bezeichnungen der illegalen bewaffneten Gruppen aussprechen. Die Gemeinde, die ursprünglich auf der anderen Seite des Flusses angesiedelt war, hat sich ihr Territorium mühsam und ohne Gewalt zurückerobert und als Humanitäre Zone deklariert, also als Schutzzone, zu der bewaffnete Gruppen keinen Zutritt haben (Humanitäre Schutzzonen basieren auf dem völkerrechtlichen Prinzip, dass die zivile Bevölkerung nicht in

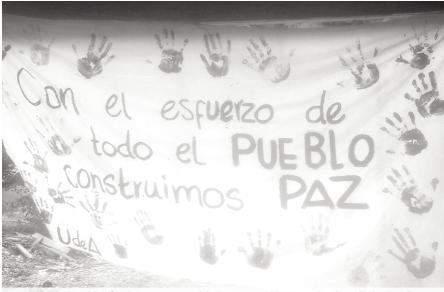


Bild: Int. Versöhnungsbund

16 Spinnrad 3 / 2019

bewaffnete Konflikte hineingezogen werden darf). Die Gemeinde hat auch eine Straße gebaut, mit dem ungewollten Ergebnis, dass nun ständig Fremde auf dem Weg zwischen Fluss und Straße durch die Humanitäre Zone gehen, von denen die Gemeinde aber nicht weiß, ob sie zu bewaffneten Gruppen gehören.

In der Humanitären Zone Camelias treffen wir Maria Ligia Chaverra, die gemeinsam mit Germán Graciano Posso als Menschenrechtsverteidigerin 2018 ausgezeichnet wurde. Sie selbst wurde in der Vergangenheit dreizehn Mal vertrieben, sie flüchtete in nahegelegene Dörfer oder in den Regenwald. Maria Ligia befürchtet, dass es wieder zu Vertreibungen kommen wird. Sie möchte jetzt aber nicht mehr davonlaufen - sie ist nun alt und den Regenwald gibt es auch nicht mehr. Denn nachdem in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre Paramilitärs und das Militär die Bäuerinnen und Bauern unter dem Vorwand der Aufstandsbekämpfung vertrieben oder ermordet hatten, kamen agroindustrielle Firmen und nahmen das Land widerrechtlich in Beschlag, rodeten den Wald, verschmutzten den Fluss, legten Bäche trocken und pflanzten Ölpal-



"Mit der Kraft des ganzen Volkes errichten wir den Frieden!"

Bild: Int. Versöhnungsbund

men. 2008 kehrten überlebende Familien zurück, zerstörten die Ölpalmplantagen und gründeten die Humanitäre Zone auf dem Land, das vorher von Maria Ligia und ihrem Mann bewirtschaftet worden war.

Eingeschlossen und beraubt

Unsere Reise führte uns auch nach Valle de Cauca, wo wir in Buenaventura den Humanitären Raum Puente Nayero besuchten, sowie indigene und afrokolumbianische Gemeinden am Río Calima, Río

San Juan und am Río Naya. Einige dieser Gemeinden sind eingeschlossen, die Bewohner*innen wagen es wegen der illegalen bewaffneten Gruppen nicht, auf ihre Felder oder fischen zu gehen.

So mussten Einwohner*innen der Humanitären und biodiversen Zone Santa Rosa de Guayacán am Fluss Calima beobachten, wie eine afrokolumbianische Frau gezwungen wurde, ohne ihr zweijähriges Kind ein öffentliches Boot zu verlassen. Am nächsten Tag wurde die Frau tot aufgefunden.

Der indigenen Gemeinde Aguas Claras am Río San Juan, der als Drogenkorridor bekannt ist, wurde ihr einziges motorisiertes Boot gestohlen. Das Boot, ein Geschenk von Christian Aid, diente als Fluchtund Notfallboot. Militärangehörige kamen nach dem Diebstahl, blieben die ganze Nacht bis am nächsten Tag um 3 Uhr nachmittags. Das Boot suchten sie allerdings nicht. Auch diese Gemeinde kann wegen der illegalen bewaffneten Gruppen nicht in ihre Jagd- und Fischgebiete. Das gute Holz in der Umgebung wurde von einer Firma gerodet.



Spinnrad 3 / 2019 17



Dennoch geben die Einwohner*innen nicht auf. Fabiola Quintero
aus Santa Rosa meint: "Unsere
Vorstellung als Reservat, als Verteidiger*innen des Lebens und der
Erde, ist es, ein soziales Netzwerk
aufzubauen, und so in unserem
Land Frieden aufzubauen. Unsere
Strategie ist es, in unserem Lebensraum präsent zu sein, vereint
zu sein, und vor allem indigene
Beschützer*innen zu stärken."

In und um Buenaventura ist die Situation angespannt, obwohl man als Ausländer*in davon nichts merkt - Buenaventura ist angesichts der Investitionen in die Erholungszone am Strand ein durchaus attraktives Tourismusziel. genau da liegt auch das Problem für den Humanitären Raum Puente Nayero. Der soll einer Touristenpromenade weichen, die Bewohner-*innen sollen nach San Antonio umziehen. San Antonio liegt jedoch nicht am Meer, die meisten Bewohner*innen des Humanitären Raumes sind aber Vertriebene aus der Region des Río Nava und viele leben vom Fischfang. Sie haben ihr Land in jahrelanger Arbeit durch die Aufschüttung von Schutt und Müll dem Meer abgewonnen - und nun soll es ihnen weggenommen werden. Das Viertel La Playita, in dem der Humanitäre Raum angesiedelt ist, unterliegt einer totalen paramilitärischen Kontrolle. Um diese unsichtbaren Grenzen wissen nur die, die dort leben. Immer wieder versuchen paramilitärische Gruppen in den Humanitären Raum einzudringen.

In Buenaventura besuchten wir auch eine vertriebene indigene Gemeinde aus Litoral/Chocó, die seit zweieinhalb Jahren in einem Sportstadion unter unwürdigsten Bedingungen lebt. Bei unserem Besuch waren 25 Familien im Stadion. Viele sind auch in ihr Reservat zurückgekehrt, allerdings ohne Rückkehrplan, so wie es das Opfergesetz für Indigene vorsehen würde, um eine sichere, dauerhafte, freiwillige und sozial verträgliche Rückkehr zu garantieren. Denn rückkehrende Gemeinden brauchen mindestens ein halbes Jahr für den landwirtschaftlichen Anbau, bevor sie sich wieder von ihrem Land ernähren können. Die Gemeinde hat auch ein Komitee für die Rückkehr gebildet, allerdings fehlen diesem die Ansprechpartner*innen aus der örtlichen Verwaltung und dem Militär. Diese schicken zu Treffen Delegierte ohne Entscheidungsbefugnis, weshalb keine Fortschritte erzielt werden können.

Die Chuzpe des Staates wird besonders auch im Ort La Esperanza nahe Buenaventura sichtbar. Als afrokolumbianische Gemeinde haben die Einwohner*innen einen kollektiven Landtitel. Dennoch wohnt hier keine/r der rechtmäßigen Besitzer*innen mehr. Denn mit Hilfe von legalen Tricks und Korruption usurpieren Reiche die Gemeinde, sie bauen sich große Häuser oder verkaufen das Land. Einer der Täter der gewaltsamen Übernahme des **Territoriums** äußerte sich einmal in Richtung Gemeinde: "Hier gibt es viel Platz, hier können wir viele beerdigen." Eine glatte Morddrohung. Die rechtmäßigen Besitzer*innen wohnen nun in Buenaventura und sehen gelegentlich, z.B. in Anwesenheit von nationalen oder internationalen Organisationen, nach ihrem Land. In den Ziegelhäusern, die die Regierung eigentlich für sie gebaut hatte, leben sie nicht mehr.

So driften der Friedensvertrag, Gesetze, Verträge, Versprechen und die Realität der marginalisierten Bevölkerungsschichten immer mehr auseinander. Frieden geht anders.

Irmgard Ehrenberger ist Co-Geschäftsfühererin und Kolumbienprogrammleiterin im Int. Versöhnungsbund.

Ein vollständiger Bericht über die Reise ist im VB-Büro digital und per Post erhältlich.

Email bitte an: office@versoehnungsbund.at

Ziel der Reise war es, Strategien für die Weiterarbeit des Versöhnungsbundes in Kolumbien zu erarbeiten. Wir möchten ab 2020 wieder eine Friedensfachkraft nach Kolumbien entsenden, um Friedensprozesse von unten zu unterstützen. Dafür bitten wir um einen Beitrag in Form einer Spende oder eines Kerzenkaufs (siehe Beilage)!



Die Küche der vertriebenen Indigenen im Sportstadion
Bild: Int. Versöhnungsbund

18 Spinnrad 3 / 2019